

## Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 13.01.2015

### **Tierleid durch Kannibalismus verhindern - Ringelschwanzprämie stoppen und Tierschutzplan auf wissenschaftlicher Basis umsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

SchwanzbeiÙen ist eine komplexe Verhaltensstörung bei Schweinen, die in allen Haltungsformen vorkommt. Die Ursachen für das SchwanzbeiÙen sind sehr komplex und noch nicht in vollem Umfang erforscht. Als sicher gilt, dass neben Umweltfaktoren auch genetische Dispositionen Einfluss auf das BeiÙverhalten der Tiere haben. Um diesen Kannibalismus, der oft zu Infektionen führt, zu verhindern, wird den Schweinen häufig verbeugend der Schwanz kupiert.

Landwirtschaftsminister Meyer kündigte im Juni 2014 ein Kupierverbot für Schweineschwänze ab 2016 sowie eine Prämie für Betriebe, die bereits vorher das Kupieren beenden, an. Diese Prämie soll dann bezahlt werden, wenn mindestens 70 % der Schweineschwänze unversehrt sind.

Im November 2014 meldeten Presseberichte, dass Minister Meyer zu einem Verzicht des Kupierverbots bereit sei, wenn ihm die Wissenschaft nachweisen könne, dass diese Maßnahme nutzlos oder für das Tier schädlich sei.

Am 12. November 2014 sagte Dr. Conrad Welp vom Verein zur Förderung der bäuerlichen Veredlungswirtschaft in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung: „Aus meiner Sicht stellt man mit der Ringelschwanzprämie den Tierschutzplan und die Aktivitäten der AG Schwein nicht nur infrage, sondern boykottiert sie auch“.

Der NDR berichtete am 24. Dezember 2014 auf seiner Internetseite, dass eine Machbarkeitsstudie der Tierärztlichen Hochschule Hannover (TiHo) zu dem Ergebnis gekommen sei, dass „ein schneller Stopp der Amputationen den Tieren mehr schadet, als dass er nutzt“. Projektleiter Prof. Dr. Thomas Blaha rät folglich von einem übereilten Verbot und der Ringelschwanz-Prämie ab. „Das würde zu einem starken Anstieg von Schmerzen und Leiden bei diesen Tieren führen. Stattdessen müsse weiter nach Wegen gesucht werden, um das SchwanzbeiÙen der Tiere zu verhindern und an einem klugen Beratungskonzept gearbeitet werden“, so Prof. Blaha.

Bereits im September 2014 wurden die Erkenntnisse des „Ringelschwanzprojekts NRW“ unter dem Namen „Entwicklung und Validierung von praxistauglichen Maßnahmen zum Verzicht des routinemäßigen Schwänzekupierens beim Schwein“ veröffentlicht. Dieses Projekt erarbeitete die Schlussfolgerungen, dass bereits bei der Aufzucht das Problem des SchwanzbeiÙens horrend ist. Bei ca. zwei Dritteln der Tiere wurde bereits zu Mastbeginn ein Schwanzverlust festgestellt. Zudem variieren die Zahl und der Grad der Verletzungen je nach Tiergruppe immens.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. die Machbarkeitsstudie der TiHo unverzüglich zu veröffentlichen,
2. die Forschung im Bereich der Schweinezüchtung und -haltung zu intensivieren und weitere Forschungsmittel bereitzustellen,
3. den Tierschutzplan Niedersachsen ausschließlich auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse umzusetzen und
4. auf die Einführung einer Ringelschwanzprämie vollständig zu verzichten.

## Begründung

Den Presseberichten zur Machbarkeitsstudie der TiHo zufolge gab es in keinem der neun beteiligten Höfe befriedigende Ergebnisse. Die Quote von 70 % unversehrter Schweineschwänze wurde nicht erreicht. Ähnliche Ergebnisse lieferten bereits 15 ähnliche Forschungsprojekte, die bundesweit durchgeführt wurden und teilweise aus Tierschutzgründen abgebrochen werden mussten, da das Leid der Tiere nicht mehr tolerabel war.

Nach den Erkenntnissen des „Ringelschwanzprojekts NRW“ ist ein pauschales Kupierverbot nicht zielführend. Die betreuende Tierärztin Dr. Sarah Pütz schrieb als Schlussfolgerung ihrer Forschung:

„Anhand der vorliegenden Arbeit wird somit deutlich, dass es ein allgemeines Patentrezept, welches auf jedem Betrieb das Auftreten von Schwanzbeißen bei Schweinen sicher verhindert, nicht geben können wird, da die Risikofaktoren für das Auftreten dieser Verhaltensstörung multifaktoriell und auf jedem Betrieb im Detail anders“.

*Die Welt* berichtete am 30. Juni 2014, dass die zuständigen Ministerien der Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf Nachfrage der Zeitung erklärt hätten, „dass sie Niedersachsens Initiative nicht folgen wollten“.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer